

4. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 24. November 2014

Bei der 4. Sitzung des Duisburger Stadtrates ging es vornehmlich um die **Verabschiedung des Haushaltsplans für 2015**. Traditionell halten die Vorsitzenden aller Fraktionen und Gruppen zunächst ihre Haushaltsreden, bei denen sich die „Regierenden“ meist mit der Rechtfertigung der geplanten Erhöhungen und großem Lob auf den (eigenen) Oberbürgermeister befassen und die sich bei der Opposition als Generalabrechnung über alle Themenfelder erstrecken. Es ist allen klar, dass sich kein einziger Mandatsträger von der Rede eines anderen Fraktionsvorsitzenden in seiner Meinung beeinflussen lässt und so geht es bei den Reden vornehmlich darum, den wenigen Zuschauern auf den Tribünen und vor allem den zahlreichen anwesenden Pressevertretern möglichst interessante Worte in den Block zu diktieren.

Wochenlang war nicht zu erkennen, welche Mehrheiten sich finden würden und welche der **Sparmaßnahmen**, die Oberbürgermeister und Kämmerer in der letzten Sitzung vorgelegt hatten, letztendlich wirklich umgesetzt würden. Und so diskutierten Bürger und Medien lange über jeden einzelnen Einspar-, Schließungs- und/oder Erhöhungsgedanken, der seit der letzten Ratssitzung im öffentlichen Raum stand. Und genau dies war auch geplant, denn diese wohlüberlegte Inszenierung fand in Duisburg nicht zum ersten Mal statt. Seit Jahren veröffentlichen OB und Kämmerer eine (sicherlich mit den regierenden Parteien abgestimmte) „dramatische Einsparliste“ und bauen eine beängstigende öffentliche Drohkulisse auf – und jedes Mal treten dann nach einiger Zeit die „regierenden“ Fraktionen als Erlöser und Retter vor dem drohenden „*sozialen, sportlichen und kulturellen Kahlschlag*“ auf.... Und obwohl es sich immer um das gleiche Szenario handelt, das schon zu Zeiten der Schwarz-Grünen ´Stadtregierung´ unter OB Sauerland (und dem gleichen Kämmerer wie heute) erfolgte, funktioniert dieser Bluff nach wie vor. Im Schlussteil dieser Aufführung kommt es stets zu einer Steuererhöhung und/oder der Anschaffung eines (weiteren) kommunalen Blitzerwagens. Mal sehen, wie oft den Duisburgern diese Inszenierung in Zukunft noch präsentiert wird.

In den Wochen vor der Ratssitzung hatte die SPD lange Verhandlungen und Gespräche mit der CDU geführt, die nach eigener Aussage sogar sehr positiv verliefen. Dann aber verkündeten **SPD, Grüne und Linke** drei Tage vor der Ratssitzung, dass sie sich nun zusammengefunden hätten, um gemeinsam eine drastische Erhöhung der Grundsteuer B, die Neueinstellung von 10 Politessen und (u.a.) die Anschaffung eines fünften(!) städtischen Blitzerwagens zu beschließen - natürlich nur, um den unabwendbaren „*sozialen, sportlichen und kulturellen Kahlschlag*“ in unserer Stadt zu verhindern. Und genau so waren dann auch die Reden der Fraktionsspitzen von Rot-Rot-Grün aufgebaut: ...dank der eigenen Courage und der Erhöhung der Grundsteuer hätte man nun die Schließungen von Schwimmbädern, Bibliotheken, Kleinkunsttheater, Brunnenanlagen, Bücherbus und Jugendzentren abgewehrt.

Die **stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsfrau Ellen Pflug**, zählte in ihrer Rede zunächst alle Institutionen auf, die dank Rot-Rot-Grün erhalten werden können und welche Eintrittsgelder, Gebühren und Abgaben nun nicht erhöht werden müssen. In ihrer Auflistung waren Worte zu hören wie „wir sichern...“, wir fördern...“, „wir erhalten...“, „wir garantieren...“. Ausdrücklich lobt sie die Gespräche mit der CDU und erklärt, dass man -nach wie vor- für die großen Probleme der Stadt nach großen Mehrheiten suche... Das inzwischen traditionelle Lob an den (eigenen) Oberbürgermeister fiel in diesem Jahr auch wieder deutlich aus: „Ohne Oberbürgermeister Sören Link und seine großen Anstrengungen sähe es in der Stadt noch viel schlimmer aus...“.

Danach redete der **CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler** – überraschend ruhig und wenig angriffslustig. Er erklärte, dass die CDU einen eigenen Haushaltsplan vorgelegt hätte, aber „ohne Kahlschlag“ und ohne Steuererhöhungen. Er listete auf, welche Streichungen und Erhöhungen mit der CDU „nicht zu machen“ seien. Sinnvolle Sparvorschläge hätte die CDU aus der Liste des Kämmersers übernommen. Er erklärte weiter, dass sich im Jahre 2013 herausgestellt hätte, dass man zwar einen Steuersatz erhöhen könne, wie dies damals mit der Gewerbesteuer geschah, die tatsächlichen Steuereinnahmen aber dadurch nicht höher waren, denn trotz Erhöhung war am Jahresende ein deutliches Minus zu verzeichnen. Er prophezeite, dass es genau so mit der Erhöhung der Grundsteuer kommen werde und beschrieb das hohe Zinsrisiko bei aktuellen Kassenkrediten von 1,7 Mrd. Euro. Zum Schluss stellte er die Frage, wie der Haushaltsplan wohl im kommenden Jahr aussehen wird und ob es dann zur Deckung wieder nur Steuererhöhungen geben wird.

Es folgte die Rede der **Fraktion von Bündnis90/die Grünen. Die Fraktionsvorsitzende Claudia Leibe** erklärte zunächst, dass die Fraktion eine ´Doppelspitze´ habe und deshalb die Haushaltsrede auch von 2 Personen gehalten werde. Claudia Leibe erläuterte, dass die Finanzen der gesamten städtischen Familie aufgeräumt und neu geordnet werden müssten. Man dürfe nicht nur den Haushalt der Mutter (Stadt) betrachten, sondern auch die Finanzen aller Töchter(-Gesellschaften). Dies wäre in den vergangenen 7 Wochen zwar nicht möglich gewesen, müsse aber dringend erfolgen, evtl. müsse man „die eine oder andere Tochter zurück ins Haus holen“. Überraschend erklärte sie, dass man nicht immer sicher sein könne, ob die Stadtkämmerei immer „Herr der Zahlen“ sei, denn der Kämmerer hätte plötzlich einen Ausgabenrest des letzten Haushaltes von 7 Mio. Euro gefunden. Er solle mal nachsehen, ob er nicht noch irgendwo eine Schatztruhe mit 25 Mio. Euro fände.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Sait Keles, bedankte sich bei Kämmerer Dr. Peter Langner dafür, dass er jedes Jahr den Mut aufbringe, der Politik immer wieder eine neue Sparliste vorzulegen. Er prophezeite, dass die nächsten 5½ Jahre sehr schwierig würden, u.a., *„weil wir uns im Rat die Reden von einem gesinnungsgestörten rechten Mob anhören müssen“*.

Danach redete die **Fraktionsvorsitzende der Linken, Martina Amman-Hilberath**. Sie erklärte (ihrer Rolle entsprechend), dass die Linke eine Stadt für alle Einkommensklassen möchte und deshalb alle Kürzungen und Schließungen abgelehnt hätte. Die Verwaltung, aber auch die CDU hätten vorgeschlagen, bei den städtischen ´Kosten für Unterkunft und Heizkosten´ (KdU) zu sparen. Dies setze einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Duisburg voraus und wer so etwas für möglich halte, *„der glaube auch an den Weihnachtsmann“*. Sie zählte auf, welche schlimmen Folgen die einzelnen, von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen und Schließungen gehabt hätten. Um dies zu verhindern, habe sich die Linke dem Antrag von SPD und Grünen angeschlossen die Grundsteuer zu erhöhen. Weiter führte sie aus, dass die Finanzkrise der Stadt nicht selbst verschuldet sei und die Stadt kein Ausgabe-, sondern ein Einnahme-Problem habe. Die Lösung -auf Landes- und Bundesebene- wäre die Einführung einer Vermögenssteuer anstatt Schuldenbremsen....

Dann folgte der Auftritt des **Fraktionsvorsitzenden von ProNRW, Mario Malonn**. Große Teile des Stadtrates verließen demonstrativ den Saal. Der Ton des Redners wurde sofort scharf und laut: ProNRW vertrete die Interessen der einheimischen Steuerzahler. ProNRW mache vor, wie man sparen könne. Er maulte, keilte, motzte und meckerte über Asylanten, Zuwanderer, Altparteien, verbrauchte Politiker, Bettelmafia und Selbstbereicherung...

Als nächster stand der Vorsitzende der **Fraktion PSL (Piraten, Sozial, Liberale) Karl-Heinz Hagenbuck** auf der Rednerliste. Er erklärte, dass er bereits in der vergangenen Legislaturperiode beantragt hatte, die Ratsmandate deutlich zu reduzieren, die Anzahl der Bezirksamtsleiterstellen zu reduzieren und die Kosten für die Mitglieder der Bezirksvertretungen einzusparen oder zu reduzieren. Damals habe der Rat seine Anträge abgelehnt, in diesem Jahr habe der Kämmerer genau diese Dinge zur Einsparung vorgeschlagen. *„Das hätte man auch schon letztes Jahr haben können“*. Er forderte den Oberbürgermeister auf, die bereits beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer zurückzunehmen und stattdessen die städtischen Anteile am Klinikum zu verkaufen.

Danach folgte die Rede des Fraktionsvorsitzenden von **JuDu/DAL (Junges Duisburg und Duisburger Alternative Liste), Stephan Krebs**. Er beschrieb, dass die Stadt seit der Kommunalwahl am 25. Mai eine *„monatelange Brautschau“* erlebt hätte. Permanent und ohne Ergebnis wurde öffentlich von Kooperationsgesprächen geredet. Nach alledem geht es jetzt aber genau so weiter, wie die letzte Legislaturperiode endete: mit Rot-Rot-Grün. Er erläuterte weiter, dass der (finanzielle) Speckgürtel früherer Jahre *„von der SPD im Laufe der Zeit verfrühstückt“* wurde. Ironisch bemerkte er, dass es scheinbar eine *„Kernkompetenz von SPD, Grünen und Linken sei Steuern zu erhöhen“*. Offenbar fehle Rot-Rot-Grün der Mut für echte Strukturveränderungen. SPD, Grüne und Linke bewirkten, dass Menschen die Stadt verlassen. Er warf den o.g. Fraktionen Entscheidungsschwäche und Mutlosigkeit vor und mahnte als Sparmaßnahme z.B. an, VHS und Stadtbibliothek zusammenzuführen.

Da die Rednerliste sich nach der Größe der politischen Gruppierungen richtet, hatten zunächst alle größeren Fraktionen das Wort, dann folgte als erster Sprecher einer Gruppe der **Vorsitzende der FDP im Rat der Stadt, Wilhelm Bies**. Er wies sofort darauf hin, dass *„ein Bündnis aus Sozialdemokratie, Honneckers Erben und Blümchenbewahrer die Stadt genau vor dem Finanzchaos retten wollten, das Sozialdemokratie, Honneckers Erben und Blümchenbewahrer verursacht haben“* und verband dies mit der Frage, wen die genannten *„eigentlich hinters Licht führen wollten?“* Ironisch bemerkte er, dass Rot-Rot-Grün (gegen die Stimmen der FDP) die Steag gekauft hätten und diese *„doch nun die üppigen Gewinne einsetzen könnten...“* *„...oder die Gewinne durch die Synergieeffekte der VIA“* (gemeinsame ÖPNV-Gesellschaft Duisburg-Mülheim-Essen). Weiter führte er aus, dass die Stadt *„unter einem einzigen Hin- und Hergewurschtel zwischen einfachsten betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und einer atemberaubenden sozialdemokratischen, teilweise sozialistischen Ideologie der 60er Jahre“* leide. Das von Oberbürgermeister und Kämmerer vorgelegte Sparpaket bezeichnete Wilhelm Bies als Ausdruck totaler Hilflosigkeit und Trotzigkeit. Es folgte ein schön formulierter Teil zum städtischen „Tafelsilber“, das inzwischen zu „Tafelblech“ und bald zu „Tafelschrott“ werde. Zuletzt führte er aus: *„Und genau weil sie jedes Jahr Ihre Hände in die Taschen der Bürger stecken, zeigen wir Ihnen Jahr für Jahr, dass es auch anders gehen kann. Sie haben Jahr für Jahr nur Steuererhöhungen als Mittel der Wahl. Mehr können Sie nicht...“* Die komplette Rede finden Sie im Internet unter www.fdp-duisburg.de

Der nächste Sprecher war **Ratsherr Alan Imamura von der Ratsgruppe der AfD** (in der letzten Ratssitzung bestand die AfD noch aus 3 Mitgliedern und hatte somit Fraktionsstatus. In der Zwischenzeit ist der Vorsitzende Holger Lücht aus der Fraktion ausgeschlossen worden, so dass die AfD jetzt nur noch eine Ratsgruppe stellt). Auch er griff SPD, Grüne und Linke an: Sie redeten von Alternativlosigkeit bei der Erhöhung der Grundsteuer, genau wie die Bundeskanzlerin in der Vergangenheit stets von ‚Alternativlosigkeit‘ sprach. Dann fragte er: *„Ja was glauben Sie denn, warum es jetzt die Alternative für Deutschland gibt?“* Er geißelte Selbstbedienungsmentalität und prangerte Steuererhöhungen an. Letztlich stellte er die Frage, ob *„nach Dr. Greulich und Uwe Linsen nun auch ein Posten für einen Linken geschaffen werde?“*

Es folgte der **Ex-AfD-Fraktionsvorsitzende Holger Lücht**, der nun als einzelnes fraktionsloses Ratsmitglied im Gremium sitzt. Er führte aus, dass er einen Haushalt erwartet habe mit einem erkennbar roten Faden und einem gemeinsamen Leitbild... *„Stattdessen dreiste, ignorante und schamlose Arroganz von Rot-Rot-Grün.“* Es folgte ein finanzpolitischer Ausflug in die Bundes- und Europapolitik. Er sei überrascht, *„dass der Kampf um den Haushalt in den einzelnen Gremien nicht einmal begonnen wurde“* (tatsächlich hatte weder eine Bezirksvertretung noch ein Ausschuss über den Haushaltsplan beraten. Alle Gremien hatten die Debatte vermieden und die Beschlussvorlage kommentarlos und ohne Abstimmung in den Stadtrat verwiesen). Er rügte auch die *„farblose CDU, die auch nur an den Fleischtöpfen schnuppert“* und er beklagte nebenbei die schlechte und unausgewogene Berichterstattung in den Duisburger Medien. Er erwarte von der CDU mehr Kampfgeist, sie solle nicht die langweiligen, sondern die besten Redner in die erste Reihe setzen...

Zuletzt durfte **Ratsfrau Melanie Händelkes von der NPD** sprechen. Sie eröffnete ihre Rede mit der (rhetorischen) Frage, ob es auch allen anderen Anwesenden eine so große Ehre sei, wie ihr, dass erstmals in der Geschichte eine Ratsfrau der NPD eine Rede im Duisburger Stadtrat halten dürfe... Die weitere Rede verlief erwartungsgemäß: wenn man Zuhause finanzielle Probleme hätte, solle man als erstes seine Gäste nach Hause schicken... Die vorhandenen Gelder sollten vornehmlich, in diesen Zeiten sogar ausnahmslos, für Deutsche verwendet werden.... usw.. Für ihre Rede erhielt sie (nur) Applaus von ProNRW.

Die weitere Ratssitzung verlief im Sinne der Rot-Rot-Grünen Mehrheit, d.h., zunächst wurden die **gemeinsamen Haushaltsanträge von SPD, Grünen und Linken** beschlossen (u.a. die dramatische Erhöhung der Grundsteuer B) und die Vorschläge aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Die FDP hatte -wie in den vergangenen Jahren auch- den Verkauf der städtischen RWE-Aktien beantragt, den Verkauf des städtischen Anteils am Klinikum, den Verkauf der Gebag, den Verkauf des städtischen Anteils an den Stadtwerken, die Überführung des Erlöses aus einem Stadtwerke-Anteils-Verkauf aus dem Jahre 2001 in den städtischen Haushalt und einen Prüfauftrag, wonach der Oberbürgermeister beauftragt werden sollte, nach einem privaten Anteilseigner für die marode DVG zu suchen. Alle FDP-Anträge wurden (erwartungsgemäß) weder diskutiert noch angenommen.

Nach der Pause folgten **70 weitere Tagesordnungspunkte** im öffentlichen und 15 Themen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Hierbei handelte es sich allerdings weitgehend um Routine-Angelegenheiten, über die wenig diskutiert werden muss und die sich fast immer auf den Tagesordnungen aller Ratssitzungen finden: Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften, Bebauungspläne, die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Verschiebungen in verschiedenen Teilen des aktuellen Haushalts, Beschlüsse zur Auflösung der letzten Duisburger Hauptschulen (wogegen nur die FDP stimmte), Errichtung und Ausstattung von Asylbewerberheimen und Notunterkünften (wogegen ProNRW und NPD wetterten), die deutliche Erhöhung von Sondernutzungsgebühren für Tische, Stühle, Aufsteller, Verkaufstheken ect., die Rot-Rot-Grün gegen alle Widerstände (alle anderen stimmten dagegen) durchdrückte, ebenso wie die Erhöhung der Anliegerbeiträge bei Straßenerneuerungen und verkehrsberuhigenden Maßnahmen.

Einem skurrilen Antrag der Linken, wonach die **Gehälter der Geschäftsführer** und Vorstände städtischer Gesellschaften ´nach sozialistischem Vorbild´ vorbestimmt und gedeckelt werden sollten, wurde nur von den Linken und ProNRW zugestimmt – alle anderen lehnten dies ab.

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung standen zwei interessante CDU-Anträge zur Abstimmung. Zunächst beantragte die CDU, mit dem **Geschäftsführer der DMG** (Duisburg Marketing Gesellschaft), Uwe Gerste (CDU) ein weiteres befristetes Anstellungsverhältnis für ein Jahr einzugehen. Sein Vertrag (der Mitte 2015 ausläuft) war im Juni 2014 frühzeitig gekündigt worden, weil man die gesamte Gesellschaft neu 'aufstellen' und organisieren möchte. Damit sich der Geschäftsführer-Vertrag nicht automatisch für fünf weitere Jahre verlängert, wurde der Alt-Vertrag „vorsorglich“ gekündigt. Allerdings hatte der Stadtrat damals auch beschlossen, dass die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung ein Konzept zur Neugestaltung der Gesellschaft vorlegen solle und Herrn Gerste sechs Monate vor Ablauf seines Vertrages verbindlich erklärt werden solle, ob er einen weiteren Anstellungsvertrag erhält oder nicht. Die angekündigte Neukonzeption lag allerdings jetzt nicht vor und die nächste Ratssitzung ist erst im März 2015. Selbst wenn die Verwaltung dann ein schlüssiges Konzept vorlegt, ist die sechsmonatige Frist nicht mehr einzuhalten. Deshalb beantragte die CDU jetzt folgerichtig die befristete Verlängerung dieses Vertrages. SPD, Grüne und Linke lehnten dies jedoch mehrheitlich ab, fast alle anderen stimmten für den Antrag.

Zu einem späteren Zeitpunkt beantragten SPD, Grüne und Linke, dass der Oberbürgermeister Gespräche mit den Anteilseignern der **Wirtschaftsförderung Duisburg (GfW)** aufnehmen solle (IHK, Verbände, Unternehmen), die eine Neustrukturierung der Gesellschaft zum Ziel haben soll. Da bei dieser Gesellschaft tatsächlich einiges nicht optimal zu laufen scheint, wurde dieser Antrag einstimmig beschlossen.

An dieser Stelle beantragte die CDU die fristwahrende vorsorgliche Kündigung des Anstellungsvertrages des **Geschäftsführers der GfW**, Ralf Meurer. Auch in diesem Fall wies die CDU darauf hin, dass sich evtl. der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers automatisch verlängern könne, wenn er jetzt nicht vorsorglich gekündigt werde. Überraschend sprachen sich auch Grüne und Linke für den CDU-Antrag aus (nur die SPD stimmte dagegen, ProNRW und NPD enthielten sich der Stimme), so dass Herr Meurer nun eine „vorsorgliche“ Kündigung erhält. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und einen Zusammenhang der beiden CDU-Anträge erkennen möchte...

An dieser Stelle wurde aber auch deutlich, dass es sich zur Zeit (noch) nicht um eine feste Kooperation zwischen SPD, Grünen und Linken handelt, sondern lediglich um eine Zweckgemeinschaft zur Erhöhung der Grundsteuer und für den Haushaltsbeschluss 2015.

Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist erst wieder am 2. März 2015 geplant. Es bleibt weiter spannend, ob sich Rot-Rot-Grün zu einer vertraglichen Kooperation durchringt oder die Gespräche zwischen SPD und CDU weiter verfolgt werden. Es ist schwer vorstellbar, dass sich die SPD und der Oberbürgermeister bis 2020 „von Fall zu Fall“ (unterschiedliche) Mehrheiten suchen und jedes Mal das Risiko eingehen eine Abstimmung zu verlieren. Normalerweise strebt ein Oberbürgermeister bei allen anstehenden Entscheidungen kalkulierbare, stabile und verlässliche Mehrheiten an, was natürlich auch für Investoren und Sponsoren wichtig wäre. Allerdings entspricht es auch dem derzeitigen Zustand der Stadt, den auch FDP-Ratssprecher Wilhelm Bies trefflich in seiner Rede beschrieb: die Verantwortlichen wurschteln sich irgendwie durch...

*Allen Parteimitgliedern, die nicht zum FDP-Jahresabschlusstreffen am 12. Dezember 2014 kommen können, wünscht die **FDP im Rat der Stadt** schon jetzt ein angenehmes Weihnachtsfest und erholsame Ferien.*